

Gemeinsame Erklärung der Bayerischen Staatsregierung und des Verbands Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Bayern

In Ansehung des Völkermordes an den Sinti und Roma während des Nationalsozialismus ist sich die Bayerische Staatsregierung ihrer besonderen historischen Verantwortung gegenüber den Angehörigen dieser Minderheit bewusst.

Die Staatsregierung anerkennt ausdrücklich, dass die in Bayern lebenden deutschen Sinti und Roma als eine – seit jeher in Deutschland beheimatete – nationale Minderheit unter dem besonderen Schutz des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten stehen. Die Staatsregierung bekräftigt ihren Willen, die in dem genannten Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätze zusammen mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Bayern e.V. – in Übereinstimmung zu verwirklichen. Die Staatsregierung setzt sich gemeinsam mit dem Landesverband weiterhin dafür ein, die notwendige Teilnahme von Angehörigen der Sinti und Roma am kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben und an öffentlichen Angelegenheiten in Orientierung an der Europäischen Charta angemessen zu fördern. Dazu zählt auch die institutionelle Förderung der Landesgeschäftsstelle nach Maßgabe des Haushalts.

In dem Bewusstsein, dass das von den deutschen Sinti und Roma verwendete Romanes als Minderheitensprache im Sinne des Zweiten Teils der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen anerkannt ist, bekräftigt die Staatsregierung auch die aufgrund dieser Charta eingegangenen Verpflichtungen. In der Erwägung, dass Romanes Ausdruck des kulturellen Reichtums des Freistaates Bayern ist, schützt und fördert die Staatsregierung ihren Erhalt auf der Grundlage dieser eingegangenen Verpflichtungen. Zur Regelung von Angelegenheiten, die die in Bayern lebenden Sinti und Roma in besonderem Maße betreffen, und zur Umsetzung von einzelnen Verpflichtungen der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen wird die Staatsregierung mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Bayern regelmäßig Gespräche führen.

Der Landesverband strebt eine Anerkennung der Minderheitensprache Romanes nach Teil III der Sprachencharta mit dem dort vorgesehenen Quorum an.

Die Staatsregierung fördert das Gedenken an die mehr als 600-jährige Geschichte der deutschen Sinti und Roma, insbesondere an die Verfolgung und den systematischen Völkermord durch die Nationalsozialisten.

Die bestehende enge Zusammenarbeit zwischen dem Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Bayern e.V. und der Bayerischen Staatsregierung soll im Sinne von Geschichtsbewusstsein, Aufklärung und Förderung der Toleranz gegenüber Minderheiten fortgesetzt werden.

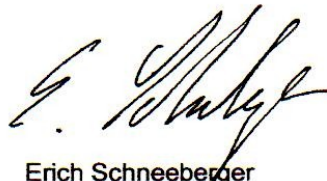
München, den 16. Mai 2007

Für den Freistaat Bayern



Dr. Edmund Stoiber
Ministerpräsident

**Für den Verband Deutscher Sinti
und Roma, Landesverband Bayern**



Erich Schneeberger
Vorsitzender